

Der Präsident

Freie Universität Berlin – Der Präsident
Kaiserswerther Str. 16-18, 14195 Berlin

Univ.-Prof. Dr. Peter-André Alt
Kaiserswerther Str. 16-18
14195 Berlin

An die
Mitglieder der Freien Universität Berlin

Telefon +49 30 838-73100
Fax +49 30 838-73107
E-Mail praesident@fu-berlin.de
Internet www.fu-berlin.de

Bearb.-Zeichen P / PPR

Berlin, 1. Dezember 2011

Liebe Mitglieder der Freien Universität Berlin,

mit meinem Rundbrief möchte ich Sie heute über die Ereignisse vom 16. November informieren, die im Zusammenhang stehen mit der Besetzung von Räumen im Seminarzentrum der Freien Universität. Mit diesem Schreiben möchte ich die Gelegenheit nutzen, um auf die Briefe und Emails zu antworten, die mich in den vergangenen Tagen erreichten und in denen mir häufiger die Frage gestellt wurde, weshalb sich die Universitätsleitung für die Räumung des besetzten Seminarzentrums entschieden hat.

„Die Universität ist auch deshalb eine *universitas*, weil sie als *communitas* funktioniert. Ich lade Sie recht herzlich ein, in gemeinsamer Verantwortung für unsere Universität einen produktiven Austausch mit mir zu beginnen.“

Meinen Aufruf an alle Mitglieder unserer Freien Universität zum Dialog, den Sie auch auf meiner Webseite lesen können, greift die Verfasserin eines Briefes auf. Sie stellt mir die Frage, ob „die Studenten von diesem Angebot ausgeschlossen“ seien. Die Antwort ist eindeutig: Nein! Selbstverständlich wird kein Mitglied der Freien Universität ausgeschlossen. Gespräche mit Ihnen, der Studentin und dem Studenten, der Mitarbeiterin und dem Mitarbeiter, der Wissenschaftlerin und dem Wissenschaftler, sind mir und der gesamten Hochschulleitung wichtig. Betont habe ich mein großes Interesse und meine Offenheit für den Dialog und die sachliche Auseinandersetzung schon bei der Bewerbung um das Amt des Präsidenten, nach der Wahl, auch bei meinem Amtsantritt. Auf zahlreichen öffentlichen Diskussionsveranstaltungen innerhalb der Universität, in Gesprächen in den Fachbereichen und mit unterschiedlichen universitären Gruppen führe ich einen regelmäßigen Dialog und Austausch. Auch haben viele Mitglieder der Freien Universität in den vergangenen 18 Monaten meine regelmäßigen Sprechstunden besucht, um mir Probleme und Konfliktfälle vorzutragen. Häufig ist es gelungen, gemeinsam im Dialog Lösungen zu finden oder zumindest die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Nicht wenige Mitglieder der Universität haben mir in schwierigen Fällen geschrieben; auch hier habe ich stets reagiert und Lösungen zu finden gesucht.

Dass am 16. November, im Anschluss an eine größere studentische Versammlung im Hörsaal 1 a, etwa 70 Personen unangekündigt Räume im Seminarzentrum der Freien Universität Berlin aufsuchten, um diese zu besetzen, hat mich und die gesamte Hochschulleitung überrascht. Das Präsidium hat großes Verständnis, wenn Studentinnen und Studenten sich für ihr Recht auf eine



angemessene Bildung und Ausbildung einsetzen und ihr Engagement für diese Themen im Rahmen von friedlichen Veranstaltungen zeigen. Dieses hat an unserer Freien Universität Berlin Tradition, genau wie auch die kontroverse Diskussion im kleinen und großen Kreis. Ich möchte daher klarstellen: Gegen Diskussionsveranstaltungen unserer Studierenden auf dem Campus gibt es selbstverständlich keine Bedenken.

Gleichzeitig hat das Präsidium aber auch die Verantwortung für einen störungsfreien Ablauf des Universitätsbetriebs für Studierende, Wissenschaftler und Mitarbeiter, den es garantieren muss. Aufgrund der doppelten Abiturjahrgänge und der Aussetzung der Wehrpflicht hat die Universität entsprechend den mit dem Land geschlossenen Hochschulverträgen sowohl im vergangenen Jahr als auch im Wintersemester 2011/2012 deutlich über ihre Aufnahmekapazität hinaus Studienanfänger zum Studium zugelassen. Unser Ziel ist es, möglichst vielen Abiturienten die Möglichkeit zu einem Studium an der Freien Universität zu eröffnen.

Aus diesem Anspruch resultiert eine äußerst angespannte Raumsituation, auf die wir die Besetzerinnen und Besetzer hingewiesen haben. Die Universitätsleitung hat noch am Abend des 16. November ihre Gesprächsbereitschaft deutlich gemacht und nach alternativen Räumlichkeiten gesucht, die derzeit zwar nicht für den Forschungs- und Lehrbetrieb genutzt werden können, aber für Diskussionsveranstaltungen geeignet sind. In der dem Seminarzentrum nahegelegenen Arnimallee waren geeignete Räume vorhanden, die wir den Besetzerinnen und Besetzern ad hoc zur Verfügung gestellt haben. Die sich selbst als „Occupy FU“ bezeichnende Gruppe von Personen, bei denen es sich nach unserer Information nicht ausschließlich um Mitglieder unserer Universität handeln soll, schlug das Angebot bedauerlicherweise aus.

Der Umstand, dass diese Offerte abgelehnt wurde und mir oder Mitgliedern der Hochschulleitung bis heute keinerlei inhaltlichen Ziele oder Forderungen mitgeteilt wurden, lässt erhebliche Zweifel am Interesse an einem konstruktiven Dialog über die Bedingungen von Studium und Lehre oder auch allgemeinere bildungspolitische Fragen entstehen.

Vor dem Hintergrund der Ereignisse hat die Universitätsleitung gemeinsam beschlossen, im Interesse der störungsfreien Durchführbarkeit von Forschung und Lehre auch vom Hausrecht Gebrauch zu machen – eine Entscheidung, die sich die Mitglieder des Präsidiums nicht leicht gemacht haben. In unsere Entscheidung floss auch die Erfahrung mit den zurückliegenden Besetzungen im Jahr 2009 ein, bei denen es zu erheblichen Sachbeschädigungen gekommen ist und über Wochen für die Lehre wichtige Räume blockiert wurden.

Den Besetzerinnen und Besetzern wurde deshalb mitgeteilt, dass ein Verbleib in den Räumen nach 22 Uhr nicht geduldet wird. Sie wurden mehrmalig darauf hingewiesen, das Seminarzentrum rechtzeitig zu verlassen. Erst als die Besetzerinnen und Besetzer in der Folge den Aufforderung durch Mitarbeiter der Universität nicht nachkamen, sah sich die Universitätsleitung gegen 23.30 Uhr gezwungen, von ihrem Hausrecht, das von der Berliner Polizei durchgesetzt werden musste, Gebrauch zu machen.

Mein Angebot zum Gespräch über bildungspolitische Fragen, das ich mehrfach – zuletzt auch bei einem persönlichen Besuch – Mitgliedern der Gruppe übermittelt habe, steht weiterhin. Da ich überzeugt bin, dass die Universität nur im Sinne einer *communitas* funktionieren kann und zu einer *communitas* ein verständnisvolles Miteinander gehört, zieht die Hochschulleitung derzeit die Möglichkeit in Erwägung, die im Zusammenhang mit der Räumung gestellten Strafanzeigen zurückzuziehen. Wir gehen allerdings davon aus, dass das Gespräch über die aktuelle Situation



von Studium, Lehre und Forschung wie in der Vergangenheit offen, wo nötig auch kontrovers, geführt wird. Symbolische Aktionen in Form von Besetzungen von Universitätsräumen können und dürfen es nicht ersetzen.

Ich hoffe, dass ich Ihnen damit die Situation erläutern konnte. Gern stehen ich und das Präsidium für einen konstruktiven Dialog zur Verfügung.

Nutzen Sie bitte auch mein Angebot zu einem Termin in meiner Sprechstunde – weitere Informationen hierzu finden Sie auf der folgenden Webseite:

<http://www.fu-berlin.de/einrichtungen/organe/praesidium/praesident/index.html>

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Peter-André Alt'.

Univ.-Prof. Peter-André Alt
Präsident